

Seite 1 Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin ... ... dann kommt der Krieg zu dir	Seite 2 Hochschulen sollen den Kriegsdienst verweigern	Seite 3 Studiengebühren sind sehr wohl ein Problem	Seite 4 Kontrollierte Freiräume
Seite 5 „Die Ursachen liegen tiefer“ Europäische BildungsministerInnen zeigen Deutschland ...	Seite 6 Mehr BAföG für alle statt Elite-Stipendien Bologna 2.0 für die Promotion?	Seite 7 Hochschulzugang als Reise nach Jerusalem Hochschulfinanzierung auf solide Basis stellen	Seite 8 LASS mal was machen GEW-Seminare für Studentinnen und Studenten



Foto: dpa

„Die Bundeswehr sucht über den Schulerschluss mit den Bundesländern Zugang zu Schulen und anderen Bildungseinrichtungen“

## Die Eroberung der Schulen

Ob Menschen sich zu mündigen Bürgern mit Zivilcourage entwickeln oder bloße Mitläufer bleiben, hängt nicht nur von „richtigen“ oder scheinbar ausgewogenen Inhalten von Bildung ab. Es ist gerade auch der Rahmen, in dem Bildung stattfindet, der es ausmacht. Das Auftreten von hierarchisch durchorganisierten Organisationen, in denen das Individuum in der Konformität durchgestrichen wird, ist hochproblematisch.

Die Informationsstelle Militarisierung e. V. hat vor kurzem eine kleine Studie zum Zugriff der Bundeswehr auf den Bildungsbereich veröffentlicht. Wer sich einen genaueren Einblick in das Thema verschaffen möchte, kann die Publikation

„Michael Schulze von Gläser: Die Eroberung der Schulen – Wie die Bundeswehr in Bildungsstätten wirbt“ auf der Homepage der Friedensorganisation abrufen:  
[http://imi-online.de/download/MSG\\_Jugendoffiziere\\_Studie.pdf](http://imi-online.de/download/MSG_Jugendoffiziere_Studie.pdf)

Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin...

# ... dann kommt der Krieg zu dir

**Jugendoffiziere im Schulunterricht, Werbebusse an den Hochschulen: Eine Kampagne der Bundeswehr bringt nach und nach Kooperationsvereinbarungen mit einzelnen Bundesländern auf den Weg. Wo man aber Menschen zur Mündigkeit befähigen will, sind autoritär organisierte Organisationen fehl am Platz. Bildung und Bundeswehr stehen im unvereinbaren Gegensatz.**

Seit vielen Jahren leistet die Bundeswehr an Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen „Bildungsarbeit“, vom Fokus der Öffentlichkeit jedoch stets weit entfernt. Ein großes Aufgebot an Veranstaltungen und der Abschluss von Kooperationsvereinbarungen, die gerade nach und nach in den Bundeslän-

dern abgeschlossen werden, lassen das wachsende Engagement der Bundeswehr deutlich werden. 94 hauptamtliche und über 300 nebenamtliche Jugendoffiziere treten als Akteure der Bundeswehr auf und erreichten allein im Jahr 2007 ca. 173 000 Schüler mit ihrem „Bildungsprogramm“.

### Bildung oder Propaganda?

Die für die Arbeit in Bildungseinrichtungen eigens zuständigen Jugendoffiziere gibt es seit 1958. Vom ersten Generalinspekteur der Bundeswehr, Adolf Heusinger, der vor 1945 bekennender Nationalsozialist war, wurden sie mit dem Ziel gegründet, den Widerstand der westdeutschen Bevölkerung gegen die Remilitarisierung Deutschlands durch »intensive Öffentlichkeitsarbeit« zu schwächen.

Die Jugendoffiziere treten in Vorträgen und Seminaren auf, führen sogar ganze Projektwochen durch. Sie sind didaktisch ausgebildet und haben alle mehrjährige Erfahrung als Führungskräfte im Militär, und oftmals auch Auslandseinsätze geleistet. Ein abgeschlossenes Hochschulstudium sowie gute sicherheitspolitische Kenntnisse und ein freundliches Auftreten gehören zu den Voraussetzungen, die die Jugendoffiziere erfüllen müssen. Ihre Aufgabe ist es, „das Verständnis für das komplexe Gebiet der Sicherheitspolitik zu fördern.“

### Panzer auf dem Schulhof

Als Kritikpunkte der Kooperationen können verschiedene Probleme angeführt werden: So ist es für SchülerInnen nicht möglich, sich der Teilnahme zu entziehen, wenn

der Kontakt mit dem Jugendoffizier im Rahmen schulischer Pflichtveranstaltungen stattfindet. Da im Rahmen des obligatorischen Unterrichtes auch die Abfragung der Unterrichtsinhalte in Tests oder anderen Prüfungen möglich sind, besteht zudem die Gefahr, dass der Schulunterricht für „Militärpropaganda“ instrumentalisiert wird. Derzeit obliegt es der Entscheidung des Fachlehrers ob Jugendoffiziere bei den entsprechenden Themen wie z.B. „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ oder „Internationaler Terrorismus als Bedrohung des 21. Jahrhunderts“ im Unterricht zum Einsatz kommen oder nicht. Neben abrufbaren Unterrichtseinheiten nutzt die Bundeswehr mit entsprechenden Angeboten die Begeisterung für Strategie-

spiele und das Interesse an moderner Kriegstechnik.

„Dass Auschwitz nicht sich wiederhole“ hat Theodor W. Adorno einst als erste Aufgabe aller Pädagogik formuliert. Alle Erziehung muss sich danach befragen lassen, wie sie zur Mündigkeit befähigt. Derart autoritäre Strukturen wie die Bundeswehr in Bildungseinrichtungen zu holen, steht diesem Mündigkeitsversprechen entgegen. Besonders, wenn Autorität sich, wie hier, im paternalistischen Schafspelz zeigt. Dass Auschwitz nicht sich wiederhole und nicht etwa dass in Afghanistan alles glatt läuft, ist immer noch ein Maßstab, an dem Erziehung sich messen lassen muss.

Ana Orias Balderas, Bundessprecherin der GEW-Studierenden, Sven Lehmann, Landesausschuss der GEW-Studierenden Baden-Württemberg

**Aktuelle Informationen zur 19. Sozialerhebung (Seite 3)**





Die den Hochschulen vom Land zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel sollen ausschließlich für Vorhaben verwendet werden, die friedlichen Zwecken dienen.

Foto: zplus

## Rüstungsforschung

# Hochschulen sollen den Kriegsdienst verweigern

**1 200 000 000 Euro hat der Bund im Jahr 2008 im Bereich Wehrforschung und -technik investiert. Das sind etwa zehn Prozent seiner Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung. Auch in den Jahren zuvor vergab der Bund Aufträge in Milliardenhöhe, von denen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und 47 Hochschulen profitiert haben. Darunter waren auch die Technischen Universitäten Braunschweig, Clausthal und Hannover aus Niedersachsen.**

Die niedersächsische Linksfraktion hat nach Bekanntwerden dieser Zahlen eine Gesetzesinitiative für eine Zivilklausel im Hochschulgesetz gestartet. Der Satz „Die den Hochschulen vom Land zur Verfügung

gestellten finanziellen Mittel sollen ausschließlich für Vorhaben verwendet werden, die friedlichen Zwecken dienen“ sollte Gesetz werden. Diese Idee ist nicht neu. Bereits die Wissenschaftsministerin Helga Schuchardt führte des Passus 1993 unter rot-grün sinngemäß ein; zu einer Zeit, während der „der Bund an einem Vormittag so viel [für militärische Forschung ausgab] wie für Friedensforschung in einem Jahr“. Schuchardt begründete ihren Vorstoß damit, „dass es der Aufgabenstellung der Hochschulen nicht entspricht, wenn in ihnen Forschung betrieben wird, deren Ergebnisse für eine militärische Nutzung vorgesehen sind oder aber für eine solche Nutzung erkennbar unmittelbar militärisch missbraucht werden sollen, und dass das Land nicht bereit ist, seine der Wissen-

schaft gewidmeten Ressourcen hierfür zur Verfügung zu stellen.“ In ihren letzten Atemzügen strich die SPD-Landesregierung im Jahr 2002 die Zivilklausel im Rahmen einer Deregulierungs-Offensive wieder aus dem Gesetz.

### Gesetzgeber schauen zu

Die Wiedervorlage wird begründet mit der zunehmenden Militarisierung der deutschen (Außen-)Politik und der steigenden Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmitteln. Die Militarisierung zeige sich dabei nicht zuletzt beim „Celler Dialog“, bei dem Spitzenvertreter aus Bundeswehr, Politik und Wirtschaft zusammenkommen. In ihrem Memorandum 2008 vereinbarten sie nicht nur eine Initiative zur „Förderung der Reservisten in Industrie und Wirtschaft, zur Ver-

tiefung der persönlichen Kontakte und zur Intensivierung der zivilmilitärischen Zusammenarbeit“, sondern sie wollen ebenso „aktiv darauf hinwirken, dass der sicherheitspolitische Dialog auch in Forschung und Lehre, insbesondere an unseren Hochschulen, gestärkt wird, z. B. durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren“. Die Unterzeichnerinnen waren die Commerzbank stellvertretend für die Wirtschaft auf der einen Seite und die Bundesregierung auf der anderen Seite. Gegen solche Ideen muss klar Stellung bezogen werden; ein Schritt dazu ist das Bekenntnis des Gesetzgebers, dass die Hochschulen den Kriegsdienst verweigern sollen. Die steigende Bedeutung von Drittmitteln dürfe nicht dazu führen, dass kriegsunterstützte Forschung betrieben

werde. Die Verpflichtung zum Frieden müsse auch den (und besonders) hier ihren Niederschlag finden. Zudem gelte es, MitarbeiterInnen davor zu bewahren, Rüstungsforschung auf Dienstansweisung zu betreiben. In Streitfragen obliegt es dem Akademischen Senat zu entscheiden, ob ein Projekt zivilen oder nicht-zivilen Charakter hat. Entsprechende Erfahrungen mit Streitfragen gibt es am ehemaligen Forschungszentrum Karlsruhe (heute: KIT). Am 16. Februar lehnte der Niedersächsische Landtag die Zivilklausel ab.

Arne Karrasch, Mitarbeiter der Fraktion die Linke im Niedersächsischen Landtag und Victor Perli, Mitglied der Fraktion die Linke im Niedersächsischen Landtag

## Position der GEW – aktueller Beschluss des Hauptvorstandes (Auszüge)

Die GEW wendet sich entschieden gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts und der Lehreraus- und fortbildung, wie sie in den Kooperationsabkommen zwischen Kultusministerien und Bundeswehr deutlich werden.

Die politische Bildung – auch in Fragen der Sicherheitspolitik – gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren.

Die GEW betont, dass Militarismus und autoritäre Strukturen in der Gesellschaft ein Problem darstellen.

Die GEW betont: Lehrkräfte entscheiden souverän, ob sie in ihrem Unterricht externen Sachverstand hinzuziehen wollen oder nicht. Die GEW empfiehlt, Jugendoffiziere der Bundeswehr nur dann einzuladen, wenn die notwendige politische Ausgewogenheit gewährleistet ist. Die unterschiedlichen friedenspolitischen Konzepte, die Kontroversen über die verfassungsmäßige Funktion der Bundeswehr (von der Landesverteidigung zur Interventionsarmee), die Möglichkeit des Zivildienstes sowie die verschiedenen Konzepte der internationalen Friedenspolitik müssen in gleicher Gewichtung dargestellt werden.

Die GEW hält Exkursionen zu Informationsveranstaltungen der Bundeswehr für kein geeignetes Mittel der politischen Bildung und zur „Sicherung von Frieden und Gewaltfreiheit“. Waffenschauen und ähnliche Veranstaltungen der Bundeswehr haben auf dem Schulgelände nichts zu suchen – auch nicht an Wochenenden und während der unterrichtsfreien Zeit.

Keine Pädagogin und kein Pädagoge und keine Schülerin und kein Schüler dürfen zur Teilnahme an und Durchführung einer Veranstaltung mit Bundeswehrangehörigen verpflichtet werden. Die GEW lehnt die Werbeversuche der Bundeswehr an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ab und verurteilt sie. Die GEW ruft zu Aktionen gegen Werbeversuche der Bundeswehr auf. Die Schule ist kein Ort für Rekrutierung von Berufssoldatinnen und -soldaten. Es muss strikt darauf geachtet werden, dass die Bundeswehr weder offen noch verdeckt junge Leute für den Militärdienst wirbt. Wo dies jedoch Fall ist, muss die Schulaufsicht entsprechend informiert und tätig werden sowie bei der Bundeswehr Beschwerde einlegen.

Ungekürzte Fassung: [www.gew.de/Einfluss\\_der\\_Bundeswehr\\_an\\_Schulen\\_zurueckdraengen.html](http://www.gew.de/Einfluss_der_Bundeswehr_an_Schulen_zurueckdraengen.html)



Ergebnisse der 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks

# Studiengebühren sind sehr wohl ein Problem

**Die Ergebnisse der 19. Sozialerhebung wurden mit Spannung erwartet – gegenüber 2006 sind ca. 65 Prozent der Studierenden in 6 Bundesländern von der Einführung von Studiengebühren betroffen und wesentlich mehr im Bachelor-Studium eingeschrieben. Um es vorweg klarzustellen: empirisch repräsentative Aussagen zu diesen beiden Aspekten bedürfen längerer Zeiträume, sie sind frühestens bei der Vorstellung der 21. Sozialerhebung zu erwarten.**

Auf den ersten Blick bestätigen sich die Befürchtungen kaum. Die soziale Selektion scheint zu sinken, marginale Fluchtbewegungen der Studierenden in gebührenfreie Länder, Studierende im Bachelor heben sich kaum von denen herkömmlicher Studiengänge ab, die Studienfinanzierung gilt als gesicherter.

## Wie sehen die Durchschnittsstudierenden aus?

Die Bildungsbeteiligung von 100 Akademiker-Kindern ist gegenüber 2006 (71 zu 83) geringer, die von 100 Nichtakademiker-Kindern aber kaum gestiegen – von 23 auf 24. Den sozialen Herkunftsgruppen „niedrig“ und „mittel“ entstammen 38 Prozent der Studierenden gegenüber 41 Prozent (2006). Die Einnahmen der Studierenden sind von 770 auf 812 Euro im Monat gestiegen, Bachelor-Studierende haben etwas weniger (746 Euro). Immerhin 20 Prozent der Studierenden müssen von unter 600 Euro leben, mehr als 1.000 Euro haben 17 Prozent. Jeder Vierte (26 Prozent) liegt unter dem BAföG-Höchstsatz von 648 Euro. 63 Prozent (3 Prozent mehr) sehen die Finanzierung ihres Lebensunterhalts während des Studiums als sicher an. BAföG-Geförderte erhalten monatlich 413 Euro gegenüber 363 in 2006. Finanziert wird weiterhin durch Eltern (48 vs. 52 Prozent), BAföG (15 vs. 14 Prozent) und Erwerbstätigkeit (26 vs. 24 Prozent).

## Erwerbstätigenquote bei Studierenden steigt

Die Erwerbstätigenquote stieg wieder von 63 auf 66 Prozent, die Quote der laufend Beschäftigten sogar stark von 33 auf 38 Prozent. Unabdingbar zur Studienfinanzierung arbeiten gar 61 gegenüber 57 Prozent, und mit 8 Stunden/Woche auch 1 Stunde mehr.

Für das Studium werden 36 Stunden pro Woche, zwei Stunden mehr benötigt: Die Spitze bilden Studierende im Staatsexamen (ohne Lehramt) mit 44 vor Bachelor mit 37 und Diplom mit 34 Stunden. In Gebührenländern arbeiten Gebühren zahlende Studierende 1 Stunde mehr als von Gebühren befreite. Bachelor-Studierende an Fachhochschulen sind mit 12 Stunden doppelt so hoch erwerbstätig wie Bachelor-Studierende an Universitäten.

## Lebenshaltungskosten und Studiengebühren

Die Miete ist mit 35 Prozent oder 281 Euro höchste Ausgabenposition, gefolgt von 159 Euro für Ernährung, 81 Euro für Auto und/oder öffentliche Verkehrsmittel, 63 Euro für Freizeit, 59 Euro für Krankenversicherung, 51 Euro für Kleidung, 35 Euro für Telefon, Internet und Rundfunkgebühren und 33 Euro für Lernmittel 2009 wohnen weniger Studierende (37 Prozent) in der eigenen Wohnung, jeweils etwas mehr in einer Wohngemeinschaft (26 Prozent), bei den Eltern (23 Prozent) oder im Wohnheim (12 Prozent), 2 Prozent konstant zur Untermiete. Gegenüber 2006 steigt der Trend zu kostengünstigeren Wohnformen. Dies gilt auch für die Hochschulgastronomie. Der Anteil der Nutzer stieg auf 85 Prozent, die durchschnittlich viermal pro Woche eine Mensa oder Cafeteria aufsuchen. Bachelor-Studierende essen etwas öfter in der Mensa (41 vs. 39 Prozent). Beratungsbedarf hatten 61 Prozent der Studierenden.

Soviel zum Bild der Durchschnittsstudierenden. Differenziert betrachtet bekommt der schöne Schein Risse, wie drei Punkte zeigen.

Studiengebühren sind sehr wohl ein Problem – für Studierende aus bildungsferneren und einkommensschwächeren Elternhäusern. Die Eltern tragen für die Mehrheit der Studierenden die Gebühren. Zahlen die Eltern jedoch nicht, dann arbeiten die Studierenden, um die zusätzlichen Kosten herinzuholen. Sie nutzen wesentlich seltener die angebotenen Studiengebührendarlehen. Oder sie ergreifen Kosten senkende Strategien: je niedriger die soziale Herkunftsgruppe, desto eher wohnen Gebührenzahler noch bei ihren Eltern. Zudem sind Studierende aus der niedrigen Herkunftsgruppe häufiger von Studiengebühren betroffen, Studierende aus der hohen Herkunftsgruppe öfter von Studiengebühren befreit – möglicherweise aufgrund geltender Geschwisterregelungen oder besserer Leistungen. Diese fallen leicht-

ter ohne finanzielle Sorgen und zum Überleben notwendiger Erwerbstätigkeit. Fast ein Viertel der Gebührenzahler lebt in einer finanziell angespannten Situation, vor allem diejenigen, die sie aus eigenen Mitteln bezahlen müssen. Schafft es also ein Kind als einziges aus einer bildungsfernen und einkommensschwächeren Familie trotz Selektion im Schulsystem zur Hochschule, dann steht es schon wieder vor einer neuen Hürde! Zudem es kaum flüchten kann: Studierende aus einkommensschwächeren, hochschulfernen Familien sind weniger mobil, sie studieren in der Regel (Eltern)-wohntort näher. Herkunftsunterschiede auch beim Bachelor. Eher der niedrigeren Herkunftsgruppe entstammende FH-

Bachelor liegen/mit bis zu 15 Stunden Erwerbstätigkeit in der Woche deutlich über dem Durchschnitt aller Studierenden (8 Stunden). Der Beratungsbedarf, vor allem im Hinblick auf die Studienfinanzierung ist bei Bachelor-Studierenden höher als bei denen alter Studiengänge. Sie sehen ihre zeitliche Belastung mit 19 Prozent wesentlich höher als der Durchschnitt (15 Prozent). Das zeigt den objektiven Druck beim Bachelor.

## BAföG-Geförderte

Seit 1991 tragen die Eltern erstmalig weniger zur Studienfinanzierung ihrer Kinder bei. Insbesondere Familien aus den sozialen Herkunftsgruppen „niedrig“ und „mittel“ stoßen an ihre Belastungsgren-

ze. Daher greift die BAföG-Erhöhung 2008 nur zum Teil. Die Geförderten haben mehr in der Tasche und sehen ihre Studienfinanzierung gesicherter. Die Quote der BAföG-geförderten Studierenden ist jedoch auf dem gleichen Niveau wie 2006. Folge ist eine höhere Erwerbstätigkeit zu Lasten des Studiums. Die Lösung kann nur kräftige Erhöhung der Elternfreibeträge bedeuten, um den Kreis der Förderberechtigten nachhaltig zu steigern.

Achim Meyer auf der Heyde,

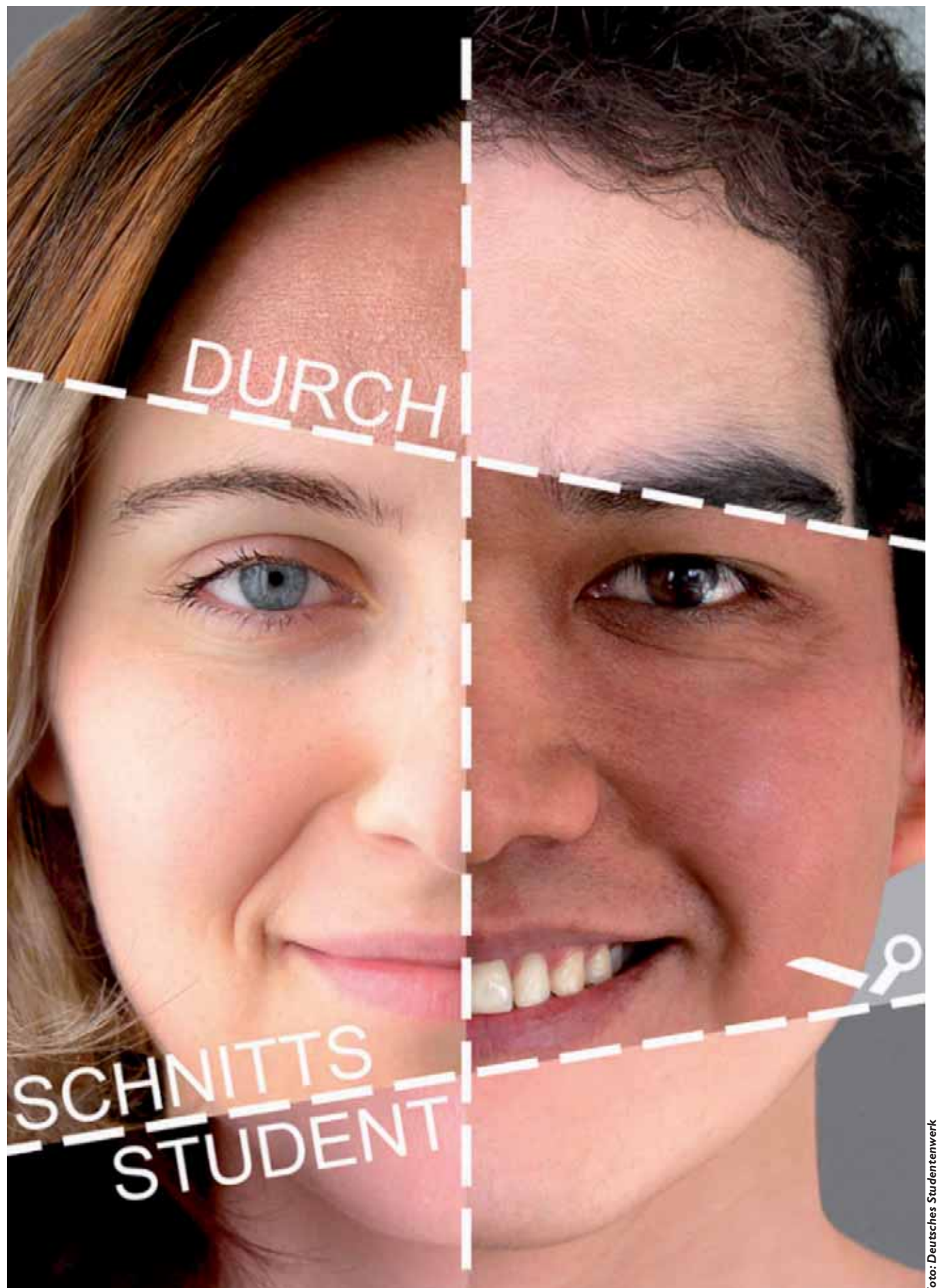
Generalsekretär des

Deutschen Studentenwerks

Die vollständigen Ergebnisse der

19. Sozialerhebung sind im Internet verfügbar:

[www.sozialerhebung.de](http://www.sozialerhebung.de).





Gesellschaftskritisches Engagement an der Bologna-reformierten Hochschule

# Kontrollierte Freiräume

**Spätestens nach der spektakulären Audimax-Besetzung in Wien und dem bundesweiten Bildungsstreik ist die Kritik an Bildungsgebühren, am gestiegenen Zeit- und Leistungsdruck im Zuge der Umstrukturierungen von Studiengängen sowie an der Ökonomisierung, der mangelnden Finanzierung und der Entdemokratisierung der Hochschulen ins öffentliche Bewusstsein vorge-**

**I**m Rahmen des bundesweiten Arbeitskreises Kritische Geographie wurde ein weiterer Aspekt problematisiert: Es geht um die Frage, ob die modularisierten Korsette ›Bachelor‹ und ›Master‹ Studierenden noch Spielräume lassen, in denen sie sich mit gesellschaftskritischen Inhalten auseinander setzen können. In den Ländern des europäischen Hochschulraumes gibt es eine Vielzahl von selbstorganisierten Initiativen, die dies in unterschiedlichen Formaten leisten: Von Diskussions- und Lesegruppen über klassische Seminare und öffentliche Diskussionsveranstaltungen bis hin zu unmittelbar politischen Aktivitäten. Um eine Antwort zu erhalten, führten wir mit elf solcher Initiativen Interviews. Dabei traten zwei interessante Entwicklungen zutage:

## Stichwort „Employability“

Erstens wird deutlich, dass kritische Initiativen an der Bologna-reformierten Universität mit neu-

en Rahmenbedingungen konfrontiert sind. Die verkürzten Studiengänge lassen generell weniger Spielräume für selbst organisierte Veranstaltungen außerhalb des offiziellen Lehr- und Stundenplans. Die zunehmende Ausrichtung auf Employability – die Engführung der Abschlüsse auf Beschäftigungsfähigkeit und das Diktat der praktischen Anwendbarkeit von ›Wissen‹ – führt dazu, dass Studierende sich immer weniger in Initiativen engagieren, die sie sich nicht im Rahmen ihres Studiums anrechnen lassen können. Und das, obwohl nach wie vor ein Interesse an gesellschaftspolitisch relevanten Themen besteht. Diese Entwicklung ist zurückzuführen auf das am Vorbild der Berufsarbeit orientierte Bachelorstudium mit einer quantifizierbaren 40-Stunden-Woche. Freiraum für die Entwicklung eigener Ideen und Initiativen bleibt hier auf der Strecke und der Druck ist zu groß, um sich diesen Freiraum einfach zu nehmen. Derlei Anforderungen brechen fundamental mit

einem kritischen Wissenschaftsverständnis, welches sich nicht nur an ökonomischer Verwertbarkeit orientiert, sondern auch an der Reflexion und Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse.

## Mitbestimmung leben

Zweitens zeigt sich überraschenderweise, dass studentische Initiativen an vielen Hochschulstandorten eine Institutionalisierung erfahren, indem sie Ressourcen der Institute nutzen können und ihre Aktivitäten in den offiziellen Lehrplan des Bachelor- und Masterstudiums integriert werden. Selbstorganisierte Seminare mit Schein- und Crediterwerb machen es einfacher, gesellschaftskritisches Engagement fortzuführen und eine MultiplikatorInnenfunktion wahrzunehmen. Was zunächst überaus erfreulich anmutet, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung allerdings als widersprüchliches Feld zwischen Freiraum und Kontrolle: Zwar können Gruppen von der institutionellen Unterstützung, der größeren Sichtbarkeit und einem breiteren Publikum an der Universität profitieren. Doch dadurch, dass Inhalte in ECTS-Punkte transformiert werden und denselben Anforderungen an Employability genügen müssen wie andere Veranstaltungen, verlieren sie einen Teil ihrer kritischen Dimension. Die Initiativen werden mit widersprüchlichen Zwängen konfrontiert, die nicht mit gesellschaftskritischem und

emanzipatorischen Ideen vereinbar sind. So etwa Führen von Anwesenheitslisten, der Bewertung von Leistung und der hierarchisierenden Unterscheidung in Lehrende und Lernende. Überdies fügt sich die Formalisierung der Initiativen in die Entwicklung der ressourcensparenden Verschlingung der universitären Institute ein. Gebaut wird dabei auf die Bereitschaft Studierender zur Selbstausbeutung durch ›freiwillige‹ Arbeit, was die Kehrseite des neoliberalen Credos der Eigenverantwortung ist.

Diese Widersprüche sollten nicht übergangen werden, sondern Ausgangspunkt für eine emanzipatorische Praxis an den Hochschulen sein; spielt die Form der praktischen Aneignung von kritischer Gesellschaftstheorie doch eine ebenso wichtige Rolle wie der Inhalt selbst.

Die aufgezeigten Probleme existierten sicherlich bereits vor der ›Bolognarisierung‹ der Hochschulen. Neu aber ist die Vehemenz, mit der sie in der Praxis wirken. Daher gilt es, der weiteren Verknappung finanzieller Ressourcen und der Aufkrotyierung betriebswirtschaftlicher

und somit konkurrenzfördernder Instrumente entschlossen entgegenzutreten sowie erkämpfte Spielräume weiterhin zu nutzen oder auszubauen. Angebliche Sachzwänge und vermeintlich unveränderbare Strukturen sollten nicht zu Götzen erhoben werden, auch wenn sie im Uni-Betrieb einen naturhaften Charakter annehmen: Bologna ist weder eine unumstößliche geschichtliche Entwicklung noch ein unentrinnbarer Zwang, sondern eine Handlungsempfehlung mit großem Interpretationsspielraum. In diesem Sinne sollte auch damit umgegangen werden.

*Schreibwerkstatt im AK Kritische Geographie (Anika Duveneck, Iris Dzudzek, Michael Keizers, Tino Petzold, Sebastian Schipper und Michael Wudi) siehe auch: <http://criticalgeography.blogspot.de>*

Foto: dpa

So alt wie diese Stadt sind oftmals die Ansichten der Hochschulleitungen zur Studienreform



Studis protestierten auch in Österreich

## „Die Ursachen liegen tiefer“

Interview mit der österreichischen Studentin und Studierendenvertreterin Sigrud Maurer

Im Herbst 2009 waren die studentischen Proteste in Österreich unter dem Motto „Uni brennt“ die Initialzündung für eine weitere Protestwelle in Deutschland. Welche Rolle spielte die Österreichische HochschülerInnenschaft bei den Protesten?

Die Proteste entstanden zur Überraschung vieler einfach so, von einem Tag auf den anderen. Die ÖH war aber vom ersten Tag an mit dabei und hat die Studierenden unterstützt. Wir haben für eine

gute Kommunikation mit den Medien gesorgt und die Protestaktionen auch finanziell unterstützt – mit insgesamt 100.000 Euro. Ich war über den Zeitpunkt überrascht, aber nicht über die Proteste an sich.

Warum? Was läuft schief an den österreichischen Hochschulen?

Der Anlass für die Proteste war der Abschluss von Leistungsvereinbarungen zwischen dem Bund und den Unis, die die Umstellung der Lehrerbildung auf Bachelor und Master verlangten, ohne dass es dafür ein Konzept gab. Die Ursa-

chen liegen aber tiefer und werden von uns seit vielen Jahren kritisiert: die strategische Unterfinanzierung der Hochschulen, schlechte Studienbedingungen und die Rückständigkeit des österreichischen Bildungssystems, das in besonderem Maße sozial selektiv ist.

Im März haben sich die europäischen BildungsministerInnen in Wien und Budapest zum Bologna-Gipfel getroffen. Die Protestbewegung hat einen internationalen Gegengipfel organisiert. Wird der Bologna-Prozess nur schlecht umgesetzt, oder ist Bologna selbst das Problem?

Das Kernproblem ist die Ökonomisierung der Hochschulen. Sie wird durchaus auch auf europäischer Ebene betrieben, ist aber im Kern nicht in Bologna angelegt. Der Bologna-Prozess wurde aber von den Wettbewerbs-Ideologen „gehijackt“, der für die internationale Bildungspolitik eigentlich wichtige Gedanken der Kooperation zurückgedrängt.

Ist Bologna noch zu retten?

Ja, wenn die Vorstellung der Studierenden, was für eine Studienreform sie von Bologna erwarten, ernst genommen wird.



Sigrud Maurer (25) studiert Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck und ist Vorsitzende der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH), dem nationalen Dachverband der Studierendenvertretungen in Österreich (siehe [www.oeh.ac.at](http://www.oeh.ac.at)).

Für die read.me sprach mit ihr Andreas Keller.

Ergebnisse des Bologna-Gipfels in Budapest und Wien

## Europäische BildungsministerInnen zeigen Deutschland Gelbe Karte

29 BildungsministerInnen aus ganz Europa haben 1999 die Bologna-Erklärung unterzeichnet und damit den Startschuss für den nach der oberitalienischen Universitätsstadt bezeichneten Bologna-Prozess gegeben. Bis 2010 sollte ein Europäischer Hochschulraum geschaffen werden, u. a. durch die Einführung vergleichbarer Studienstrukturen (Bachelor und Master), aber auch durch die Verbesserung der Qualität der Lehre, mehr Chancengleichheit und die Förderung der Mobilität. Reichlich zehn Jahre später, am 11. und 12. März 2010, trafen sich in Budapest und Wien die BildungsministerInnen aus den inzwischen 47 Unterzeichnerstaaten der Bologna-Erklärung – um zehn Jahre Bologna zu feiern und den Startschuss für die zweite Phase des Reformprozesses zu geben, die bis 2010 dauern soll.

Während die MinisterInnen in der Wiener Hofburg den Bologna-Prozess in einem festlichen Ball zelebrierten, versammelten sich vor deren Toren rund 10.000 Studierende aus ganz Europa, um gegen die verfehlte Umsetzung der Reformen in ihren Ländern sowie gegen die neoliberale Bildungspolitik zu protestieren. Anschließend versammelten sie sich an der Wiener Universität zu einem Alternativgipfel. Das konnten auch die europäischen BildungsministerInnen nicht ignorieren. In ihrer Abschlussklärung gingen sie auf die Bildungsproteste des vergangenen Jahres ein und gaben Mängel bei der Umsetzung der Reform der Studiengängen in einigen Unterzeichnerstaaten zu. Die Budapest-Wien-Konferenz hat damit auch Deutschland die Gelbe Karte gezeigt, wo Studierende und Lehrende besonders heftig gegen die misslungene

Umsetzung der Bologna-Reformen in Deutschland protestierten. Bund, Länder und Hochschulen müssen die Ermahnung ernst nehmen und jetzt den überfälligen Kurswechsel in den Bologna-Reformen vornehmen – das fordert die Bildungsgewerkschaft GEW unter Berufung auf die Budapest-Wien-Erklärung. Seit den Bildungsprotesten des vergangenen Jahres gibt es einen breiten politischen Konsens: Viele Ziele des Bologna-Prozesses zur Reform des Studiums im Europäischen Hochschulraum stoßen auf Zustimmung, ihre Umsetzung in Deutschland funktioniert nicht. Wir brauchen daher in dreierlei Hinsicht einen Kurswechsel im Bologna-Prozess: erstens eine deutliche Reduzierung der Arbeits- und Prüfungsbelastung in den neuen Studiengängen, zweitens eine bessere Durchlässigkeit beim Übergang vom Bachelor zum Master und drittens eine intensivere Betreuung der Studierenden.

**Noch viel zu tun**

Dass die Kultusministerkonferenz ihre lange Zeit für sakrosankt erklärten „Strukturvorgaben für Bachelor- und Masterstudiengänge“ sowie die „Rahmenvorgaben für die Modularisierung“ überarbeitet hat, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die jetzt vorgelegten Veränderungen bleiben aber hinter den im Vorjahr geweckten Erwartungen zurück. Die Hochschulen können künftig auf Modulprüfungen verzichten oder Prüfungen zusammenlegen – aber nur als begründete Ausnahme von der Regel. Es fehlt eine transparente Regelung, die die Prüfungsbelastungen in allen Studiengängen auf ein zumutbares Maß beschränkt. Die neuen KMK-Regelungen für den Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium sind unzureichend. Weiterhin sind besondere Zugangshürden beim Zugang zum Master-

studium vorgesehen. Die GEW bleibt bei ihrer Forderung nach einem freien Zugang zum Masterstudium, der weder durch Note noch durch Quote beschränkt werden darf. Die Studierende wollen und sollen selbst entscheiden können, ob sie einen Master machen wollen oder nicht – das war eine zentrale Forderung der von der GEW unterstützten Bildungsproteste, die die Kultus- und WissenschaftsministerInnen nicht ignorieren dürfen. Die GEW begrüßt die Initiative von Bundesbildungsministerin Annette Schavan für einen „Qualitätspakt für die Lehre“. Die Bologna-Reformen werden nur dann nachhaltig Erfolg haben, wenn die Betreuung der Studierenden substantiell verbessert wird. An den Universitäten muss jede Hochschullehrerin und jeder Hochschullehrer 58 Studierende betreuen. Der Wissenschaftsrat hat dagegen schon 2008 ein Betreuungsverhältnis von 1:40 empfohlen. Der „Qualitätspakt für die Lehre“ ist überfällig und muss mindestens die vom Wissenschaftsrat bezifferten 1,1 Milliarden Euro pro Jahr umfassen. Bund und Länder müssen sich daher schnell auf die Eckpunkte des angekündigten Qualitätspakts verständigen, der in der Fläche wirken muss und nicht nach dem Vorbild der Exzellenzinitiative für die Forschung auf wenige Elitehochschulen beschränkt bleiben darf.

Dr. Andreas Keller,  
Mitglied des Geschäftsführenden  
Vorstands der GEW, dort für  
Hochschule und Forschung  
verantwortlich

„Bund, Länder und Hochschulen müssen die Ermahnung ernst nehmen und jetzt den überfälligen Kurswechsel in den Bologna-Reformen vornehmen.“

Bildungsgewerkschaft GEW



## BAföG-Novelle

# Mehr BAföG für alle statt Elite-Stipendien

**Proteste wirken – der von der GEW unterstützte Bildungstreik hat der Bundesbildungsministerin ein wichtiges Zugeständnis abgetrotzt: Noch zur Unterzeichnung des Koalitionsvertrages der neuen CDU/CSU/FDP-Bundesregierung im Oktober 2009 hat Frau Schavan eine BAföG-Erhöhung abgelehnt. Jetzt hat sie einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Erhöhung der Bedarfssätze um drei Prozent, der Freibeträge um zwei Prozent vorsieht. Ein erster Schritt, der in die richtige Richtung geht, aber bei weitem nicht ausreicht.**

Die GEW fordert eine Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge um je zehn Prozent. Zehn Prozent mehr BAföG wären angemessen, damit nicht nur der Anstieg der Preise sowie der Lebenshaltungskosten ausgeglichen werden kann, sondern zusätzlich die Zahl der geförderten Studierenden, Schülerinnen und Schüler gesteigert und die durchschnittlichen Förderbeträge erhöht werden können. Zurzeit werden 17 Prozent aller Studierenden gefördert, und zwar mit durchschnittlich 398 Euro monatlich.

Zehn Prozent mehr BAföG wären auch finanzierbar – das belegen die enormen finanziellen Mittel, die die Bundesregierung für ihr „nationales Stipendienprogramm“ aufbringen möchte. Für die Verbesserung des BAföG, auf das grundsätzlich alle Studierenden einen Rechtsanspruch haben, plant die Bundesregierung 350 Millionen

Euro ein, für die neuen Stipendien für eine kleine studentische Elite möchte sie 600 Millionen Euro jährlich mobilisieren, davon die Hälfte aus den Haushalten des Bundes und der Länder – da stimmt das Verhältnis nicht. Wir brauchen mehr BAföG für alle statt Elite-Stipendien!

## SchülerInnen-BAföG wieder einführen

Die GEW hat grundsätzlich nichts gegen Stipendien. Das von „nationales Stipendienprogramm“ der Bundesregierung wird jedoch keinen Beitrag zur sozialen Öffnung der Hochschulen leisten, und zwar aus drei Gründen. Erstens sollen die Stipendien nach dem Willen der Regierung nach Begabung und Leistung vergeben werden – die Kriterien dafür sind unklar, einen Rechtsanspruch wie beim BAföG gibt es nicht. Zweitens sind die Stipendien mit 300 Euro monatlich nicht bedarfsdeckend – für Studierende ohne andere Einkommen reicht dieser Betrag schlicht nicht aus. Drittens sollen die Stipendien nur dort vergeben werden können, wo sich Wirtschaftsunternehmen an der Finanzierung beteiligen – Studiengänge ohne direkten Wirtschaftsbezug und Hochschulstandorte in strukturschwachen Regionen dürften daher leer ausgehen.

Die GEW hat daher die Bundesregierung aufgefordert, den Gesetzentwurf für ein

„nationales Stipendienprogramm“ zurückziehen und sich auf eine substantielle Verbesserung des BAföG konzentrieren. Neben der Anhebung der BAföG-Sätze um zehn Prozent geht es dabei um eine Streichung der Altersgrenze von 30 Jahren, die auch für Studierende gilt, die ein Masterstudium aufnehmen. Wer die Bologna-Reformen und „Lebenlanges Lernen“ ernst nimmt, muss auch älteren Studierenden die Chance geben, ein Studium aufzunehmen.

Darüber fordert die GEW die Wiedereinführung des BAföG für SchülerInnen in der Sekundarstufe II an allgemein-bildenden Schulen (ab Klasse 10). Während von 100 Akademikerkindern 81 in die Oberstufe eintreten und damit den Weg zur Hochschule einschlagen, sind es bei Nichtakademikerkindern nur 45 von 100. Wer es mit Chancengleichheit ernst meint und die Studierquote nachhaltig erhöhen möchte, muss neu über das SchülerInnen-BAföG nachdenken.

*Dr. Andreas Keller, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW, dort für Hochschule und Forschung zuständig*



Foto: zplusz

## Geplante Änderungen am BAföG – Gesetzgeber's Ideen

Sofern der parlamentarische Lauf keine Überraschungen mehr bereit hält, immerhin muss auch der Bundesrat zustimmen, soll zum Juli 2010 ein 23. Änderungsgesetz in Kraft treten.

### Freibeträge:

- Anhebung der Freibeträge um 3% (gilt nicht für Vermögensfreibetrag)
- Anpassung der Sozialpauschalen auf aktuelle Werte (wirklich?)
- Einführung eines zusätzlichen Freibetrages im BAföG für staatliche Stipendien (mit privaten Anteilen) in Höhe von 300 Euro

### Altersgrenzen im BAföG:

- Anhebung der Altersgrenze speziell bei Masterstudiengängen auf 35 Jahre.
- Aufhebung der Erklärungsbedürftigkeit des kausalen Zusammenhangs für den gesamten Zeitraum bei Überschreitung der Altersgrenze wegen Kindererziehung. Soll heißen, wer mit 27 Jahren das Studium aufgrund der Geburt eines Kindes nicht beginnen kann, muss sich nicht wie bisher dafür rechtfertigen, warum das Studium nicht vor dem 27. Lebensjahr begonnen wurde.

### Änderung beim Bankdarlehen:

- Aufhebung der Bankdarlehensphase nach erstmaligem Wechsel als Folge der bei einem Wechsel verlorenen Semester.
- Verlängerung der Karenzzeit zur Rückzahlung des Bankdarlehens von 6 Monaten nach Auszahlung der letzten Rate auf 18 Monate.

### Bedarfssätze:

- Anhebung der Bedarfssätze um 2%
- Aufhebung des Mietzuschusses (max. 72 Euro), statt dessen pauschale Gewährung eines höheren Bedarfssatzes für Studierende, die nicht im Haushalt oder Eigentum der Eltern wohnen. Ohne umständlichen Einzelkostennachweis.

### Sonstiges:

- Einführung der Pflicht einen bestimmten Stand an Credit Points nachzuweisen um den Bedingungen des Eignungsnachweises gerecht zu werden.
- Förderungsrechtliche Gleichstellung von Ebe und eingetragener Lebenspartnerschaft.
- Wegfall der beiden leistungsabhängigen Teilerlasse für gute Abschlussnoten und ...

Alle Änderungen sollen für alle Bewilligungszeiträume, die nach dem 31.7. 2010 beginnen, gelten.

*Udo Gödersmann,  
GEW-Projektgruppe „Soziale Öffnung der Hochschulen“*

## Promovieren im Europäischen Hochschulraum

# Bologna 2.0 für die Promotion?

**Bachelor und Master – dass ihre Einführung ihren Ursprung im Bologna-Prozess hat ist weithin bekannt. Aber die Promotion? Auch diese haben die WissenschaftsministerInnen in die Diskussionen zur Harmonisierung und Weiterentwicklung des europäischen Hochschulraums einbezogen. Seit 2003 haben sie bei ihren Konferenzen in Berlin, Bergen und London Beschlüsse zur Promotion gefasst und vor allem länderübergreifende Vernetzungsaktivitäten ausgelöst – wie zum Beispiel das „Council on Graduate Education“ der European University Association.**

In der Logik von Bologna gilt die Promotion als eine dritte Qualifikationsstufe („3rd cycle“) nach dem Bachelor und Master. Nicht nur in Deutschland haben die Promovierenden aber mehrheitlich keinen Stu-

dierendenstatus, sondern sind berufstätig – wenn auch oft auf halben und kurzzeitig befristeten Stellen an Universitäten oder in Forschungsinstituten. Nicht nur die Gewerkschaften, sondern gerade auch die Interessensvertretungen der Natur- oder Ingenieurwissenschaften sind Sturm gelaufen gegen diese Lesart der Promotion als Studium. Ihr Erfolg ist zumindest die mittlerweile in den Beschlüssen gewählte Kompromissformulierung, dass die Forschung für die Doktorarbeit sowohl als eine Qualifikationsphase als auch als erste Phase der Berufstätigkeit anzusehen ist.

## Promotion in Europa attraktiver machen

Nimmt man die Promotion als thematische Brücke, gelangt man in der europäischen Diskussion schnell zum Stichwort „Europäischer Forschungsraum“. Und die Äußerun-

gen dazu klingen ganz anders: Europa fehlen absehbar Tausende von ForscherInnen, selbst wenn man nur die schon jetzt dort beschäftigte Generation ersetzen will. Dafür müssen attraktive Bedingungen in der Wissenschaft geboten werden, die zu den USA oder Asien, aber auch zur Arbeit in der Industrie konkurrenzfähig sind. Die Ingenieurwissenschaften bekommen dies schon deutlich zu spüren, aber auch für die Geistes- und Sozialwissenschaften bieten das Lehramt oder die Wirtschaft volle und oft besser gesicherte Stellen. Den heutigen Studierenden müssen klare und gute Bedingungen für eine wissenschaftliche Karriere geboten werden – das erkennen auch die wissenschaftspolitischen Akteure allmählich auf europäischer Ebene und in Deutschland.

Hierzulande misst sich die Attraktivität einer Promotion nicht nur

an der Bezahlung und den späteren Möglichkeiten, die sie eröffnet. Durch die Einrichtung von Graduiertenzentren, -schulen und -kollegs sollen besser strukturierte Möglichkeiten zur Promotion eröffnet werden. Unser Vergleich der Promotionsbedingungen in anderen europäischen Ländern („Promovieren in Europa“, von 2004) hat gezeigt, dass die soziale Absicherung mit klaren Arbeitsverträgen und Karrierewegen sich mit guten und strukturierten Qualifikationsbedingungen nicht ausschließt, sondern beide erst zusammen die Promotion attraktiv machen.

## Verbesserungen erarbeiten

Die europäischen Initiativen müssen also wie auch in der Neuauflage der Debatte um Bachelor und Master genutzt werden, um die Verhältnisse wirklich zu verbessern, auch wenn die Reformen dafür viel-

leicht erst einen neuen Anlauf (Bologna 2.0) nehmen müssen, um das „Promovieren im europäischen Hochschulraum“ attraktiver zu gestalten. Weiter geführt wurde diese Diskussion auf der gleichnamigen Tagung, die am 29. und 30. April in Darmstadt von der GEW gemeinsam mit dem DAAD und der Ingenieursvereinigung 4ING veranstaltet wurde. Promovierende, die sich hochschulpolitisch engagieren wollen, sind dort ebenso wie auch bei den Aktivitäten der Projektgruppe DoktorandInnen der GEW herzlich willkommen.

*Johannes Moes für die GEW-Projektgruppe DoktorandInnen.*

*Mehr Informationen über die Projektgruppe, unsere Positionen, Publikationen und Veranstaltungen wie die Tagung in Darmstadt sowie Möglichkeiten zum eigenen Engagement unter [www.gew.de/](http://www.gew.de/) Projektgruppe\_DoktorandInnen.html*



Ein Kommentar zum Scheitern des Modells der Studienplatzvergabe

# Hochschulzugang als Reise nach Jerusalem

**Beim Zulassungschaos gehen die Lichter aus: 18 000 unbesetzte Plätze, die KMK hält einen Bericht dazu unter Verschluss. Das Recht auf Bildung bleibt da auf der Strecke.**

Auch wer sich auf die Logik des derzeitigen Modells der Studienplatzvergabe in zulassungsbeschränkten Studiengängen einlässt, wird zugestehen müssen: Jede Kinderparty hätte dies per „Reise nach Jerusalem“ besser organisiert. Für Studieninteressierte wird es im Kunterbunt an Verfahren und Fristen notwendig, an verschiedenen Stellen gleichzeitig zu tanzen. Eine Entscheidung empfiehlt sich erst, wenn alles gesichtet und die gewünschte Optionen getroffen ist. Da man am Ende aber

doch nur an einer Stelle Platz nimmt und die Nachrückverfahren sich zu tief ins Semester ziehen, bleiben andere Plätze offen. In dem Punkt wiederum scheint das Zulassungschaos mit der Logik des Partyspiels übereinzustimmen: Im Moment des Scheiterns entlarvt sich die Platzvergabe als ein Modell der künstlichen Verknappung.

## Verfassungswidrige Verknappung

Über 18 000 unbesetzte Plätze Wochen nach Beginn des Semesters dokumentiert ein von der KMK kurzerhand unter Verschluss gehaltener Bericht. Faktisch widerlegen sich aktuelle Zulassungsverfahren damit selbst. In seinem Urteil zum Numerus clausus hat das Bundesverfassungsgericht die Ausschöpfung

der Kapazitäten als Voraussetzung für eine Zulassungsbeschränkung vorgeschrieben. Was aktuell passiert, steht im eklatanten Widerspruch zu dieser Vorgabe. Ein Bundesgesetz muss her, auf andere Weise scheint das Problem nicht behebbar.

## Umordnung in der Unordnung

Die Vergabe von Studienplätzen durch die ZVS wurde ursprünglich als Notlösung betrachtet. Sie bewege sich, so das Bundesverfassungsgericht, „am Rande des verfassungsrechtlich Hinnehmbaren“. Im Rahmen einer Verteilung von Studienplätzen, sollte eine Verteilung stattfinden, die den einzelnen Studienberechtigten noch zu ihrem Recht verhelfen sollte – zur Not

durch Wartesemester am Ende doch.

Der Ausbau der örtlichen Auswahl durch die Hochschulen bringt einen Paradigmenwechsel mit sich: Die Nachordnung der Kapazitäten unter das „Recht auf Zulassung zum Hochschulstudium“ findet sich im Rahmen der aktuellen Auswahl von Studierenden durch die Hochschulen in nahezu verkehrter Ordnung wieder. Wo das Numerus clausus-Urteil sich noch an die Hochschulzugangsberechtigung gebunden sah und die Vergabe durch die ZVS das Menschenrecht auf Bildung in einem Kompromiss zu organisieren versuchte, kündigt die unternehmerische Hochschule mit ihren Auswahlverfahren diesen Kompromiss auf.

In hochschuleigenen Tests wird das Zugangsrecht örtlich betäubt und ideologisch unter die Räder gebracht. Eignungsfeststellung ist eine Umdeutung von gesellschaftlichen Beschränkungen in individuelle Beschränktheit, sie ist eine Entrechtung von Hochschulzugangsberechtigten.

## Kapazitätsausbau statt Kompromisse!

Die Kapazitätsfrage ist nicht mit Zulassungspolitik zu umgehen, sondern an den Ursachen anzupacken: Eine Überwindung des Numerus clausus durch einen bedarfs- und nachfragegerechten Ausbau der Studienplätze ist anzustreben. Die „Reise nach Jerusalem“ ist eben ein Modell der künstlichen

*Beim derzeitigen Hochschulzugang sorgt das Modell der Vergabe von Studienplätzen für Chaos: Nach der Beschränkung des Hochschulzugangs durch den Numerus clausus wurde die Zentralstelle für Studienplatzvergabe (ZVS) eingeführt. Die Einführung der örtlichen Auswahl und das Aufkommen von sogenannten Eignungsfeststellungsverfahren bahnten den Weg zum aktuellen Chaos. Dessen Ergebnis sind verschiedenste Fristen, viele Bewerbungen, aber auch viele unbesetzte Studienplätze. So dokumentiert ein aktuell unter Verschluss gehaltener Bericht der KMK über 18 000 unbesetzte Studienplätze Wochen nach Beginn des letzten Semesters. Die Umgestaltung der ZVS zur Service-Agentur ist derzeit in Arbeit. Die Forderung nach einer bundesgesetzlichen Regelung, die Verbindlichkeit schafft, ist bereits von verschiedenen Akteuren laut geworden. Annette Schavan setzt stattdessen auf eine Studienplatzbörse, an der Studierende auf einen Studienplatz spekulieren können.*

Verknappung und nicht des gastlichen Umgangs. Wo weitere Gäste kommen, organisiert man eine Sitzgelegenheit oder findet sich unter freiem Himmel zusammen. Wen die Hochschule beengt, der ist nicht zum Schließen der Tore sondern zum nächsten Bildungstreik aufgerufen!

*Sven Lehmann, Landesausschuss der GEW-Studierenden Baden-Württemberg*



Foto: zplus

Eine zuverlässige, dauerhafte Lösung muss her!

# Hochschulfinanzierung auf solide Basis stellen

**Die Hochschulen in Deutschland sind seit Jahrzehnten unterfinanziert, und die Situation hat sich in den vergangenen Jahrzehnten weiter verschlechtert, da die öffentlichen Ausgaben je Studierendem in Relation zur Wirtschaftskraft immer weiter zurückgegangen sind. Auch im internationalen Vergleich schneidet Deutschland nicht gut ab, wie die jährlichen Statistiken der OECD zeigen. Unter der Unterfinanzierung und der damit einhergehenden mangelnden Ressourcenausstattung leiden die Studierenden, zudem wird immer mehr Arbeit auf immer weniger Beschäftigte verteilt, so dass auch die Lehrenden zunehmend schlechtere Arbeitsbedingungen vorfinden. Und die doppelten Abiturjahrgänge kommen erst noch.**

Bundesbildungsministerin Annette Schavan hat nun einen „Qualitätspakt Lehre“ angekündigt. Dieser soll den 2007 beschlossenen Hochschulpakt ergänzen, der zu 275 000 zusätzli-

chen Studienplätzen führen und so die Spitzen der doppelten Abiturjahrgänge abfangen helfen soll. Wie genau der Qualitätspakt ausgestaltet werden soll ist unklar; entsprechende Ansagen sind im zeitlichen Umfeld des dritten Bildungsgipfels im Juni zu erwarten. Bekannt ist nur, dass die Programme bis 2020 laufen sollen. Es scheint demnach mehr um ein Flickenteppich der größten Löcher denn um eine verlässliche und dauerhafte Ausfinanzierung der Hochschulen zu gehen. Dabei werden strukturelle Reformen bewusst ausgeklammert. Die tieferliegenden Probleme des deutschen Bildungssystems sind jedoch bekannt:

## Bundesverantwortung für die Bildungsfinanzierung stärken

Mit dem Hochschulpakt 2020 wurde im Kern anerkannt, dass eine Erhöhung der Ausgaben für Hochschulen von Seiten des Bundes initiiert und durchgesetzt werden muss. Durch die Föderalismusreform I aus dem Jahr 2006 wurden

die Zuständigkeiten für die Hochschulen jedoch weitgehend an die Länder übertragen. Es ist bekannt, dass insbesondere Länder mit vergleichsweise guten Arbeitsmärkten eine Trittbrettfahrer-Politik betreiben können: Sie können im Zweifel die AkademikerInnen, die auf Kosten anderer Bundesländer ausgebildet wurden, durch die vergleichsweise gute Arbeitsmarktsituation anlocken anstatt selbst Geld für Bildung aufzubringen. Auch mit dem „Qualitätspakt Lehre“ wird wieder der Bund initiativ. Diese Entwicklung ist grundsätzlich zu begrüßen. Eine breite Diskussion über die Frage, wie die Bildungsmöglichkeit in einem föderalen System strukturell abgesichert werden kann, muss die ad-hoc-Maßnahmen begleiten.

## Sinnvolle Haushaltspolitik statt Schuldenbremse

Die 2009 verabschiedete Föderalismusreform II schränkt den fiskalischen Handlungsspielraum der Länder (und des Bundes) durch die Schuldenbremse stark ein. Ab 2020

dürfen die Länder demnach keine strukturellen neuen Schulden mehr machen. Zwar besteht über die Auswahl des Konjunktubereinigungsverfahrens noch ein gewisser Spielraum, insgesamt ist die ideologische begründete Schuldenbremse jedoch ein erhebliches Problem, zumal, wenn die Steuereinnahmen weiter gesenkt werden und die Staatshaushalte somit einnahmeseitig weiter unter Druck geraten.

## Bessere Personalausstattung an den Hochschulen

Die Finanzierung der Kosten der Wirtschaftskrise steht noch aus. Es steht schon jetzt zu befürchten, dass auch der öffentliche Dienst weiter zurückgefahren wird. Alleine zwischen 2000 und 2009 sind bei Bund, Ländern und Kommunen 677 000 Stellen eingespart worden. Hochschulen leiden jedoch bereits heute unter Personalmangel, zudem sind zahlreiche Stellen prekär – sowohl, was die Bezahlung, als auch was die Vertragslaufzeit anbelangt. Die GEW fordert daher 10 000 Tenure-Track-Stellen für junge Wissen-

schaftlerinnen und Wissenschaftler. Diese müssen unverzüglich eingerichtet werden, auch wenn die strukturellen Fragen des deutschen Hochschulsystems noch im Argen liegen. Die finanzielle Ausstattung der Hochschulen sowie der Umgang mit Studierenden und Personal ist seit Jahren nur noch als zynisch zu bezeichnen. Zwar wird in jeder Sonntagsrede von PolitikerInnen die Wissensgesellschaft ausgerufen, außer kleinen Zugeständnissen in der Folge von Studierendenprotesten geschieht strukturell jedoch nichts. Aus gewerkschaftlicher Sicht gilt es daher, kurzfristig für eine Erhöhung des Personalstands durch tariflich abgesicherte Dauerstellen zu erreichen. Mittelfristig ist die föderale Bildungsfinanzierung durch Instrumente zu ersetzen, die Mehrausgaben für Bildung sicherstellen. Und schließlich muss die öffentliche Daseinsvorsorge auch finanziert werden, was einen Ausbau des Steuersystems bedeutet.

*Klemens Himpele, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler BdWi*



## Studentisches Engagement vor Ort

## LASS mal was machen

**Wir Studierenden in der GEW organisieren uns vor Ort in Hochschulgruppen, die landesweit im Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS) in der GEW und bundesweit im Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS) zusammenarbeiten.**

Vor Ort versuchen wir uns direkt um Probleme zu kümmern, Ansprechpartner zu sein, Veranstaltungen durchzuführen und uns aktiv in die (Hochschul-)Politik einzumischen. Dabei arbeiten wir dort, wo es möglich ist, auch mit anderen Gewerkschaften oder dem DGB zusammen, so zum Beispiel in Campus Offices oder bei der Studienberatung Students@Work. Die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen sind oftmals nicht so, wie es die Gesetze vorsehen: so wird immer wieder kein Urlaubsgeld an die Studentischen Hilfskräfte gezahlt oder man muss Krankheitstage nacharbeiten. Wenn uns so etwas zu Ohren kommt, stehen wir bei den Verantwortlichen auf der Matte und versuchen, diese Probleme anzugehen. Wir versuchen, uns in die Arbeit

der Studierendenvertretung einzubringen – teilweise findest du Gewerkschaftslisten bei der Wahl, oder wir arbeiten in den Hochschulgremien aktiv an der Verbesserung der Lehre. Wenn es um Themen wie z.B. Studiengebühren geht, beteiligen wir uns aktiv an den Demonstrationen dagegen und in den letzten Monaten haben wir uns auch an den Aktionen des Bildungsstreiks beteiligt.

Leider haben wir noch nicht an allen Hochschulen eine Gruppe etabliert, wobei wir fast überall Mitglieder haben – also, wenn du Lust hast, da aktiv zu werden: wir können dich bei der Gründung einer Hochschulgruppe vor Ort unterstützen.

**Stark vor Ort**

Da Hochschulpolitik Landespolitik ist und demnach viele Probleme auf Landesebene gelöst werden müssen gibt es die LASSe. Diese unterstützen die Gruppen vor Ort und organisieren Seminarprogramme oder Veranstaltungen, streiten sich mit PolitikerInnen auf Landesebene und diskutieren auch innerhalb der GEW mit. Da der LASS auch im Landesvorstand mitreden

darf, hat man hier große Einflussmöglichkeiten auf die Gewerkschaft. Der LASS besteht aus allen Studierenden eines Bundeslandes, die GEW-Mitglieder sind, und wählt ein Team von 2 – 6 Studierenden als LASS-SprecherInnen. Jeder ist willkommen an den Aktionen und regelmäßigen Treffen des LASS teilzunehmen.

**Gemeinsam stark**

Auf Bundesebene koordinieren sich die LASSe im BASS, um Probleme gemeinsam zu lösen und die Probleme, die auf Bundesebene gelöst werden müssen, anzugehen. Zum Beispiel streiten wir für bessere Studienfinanzierung oder mit den Verantwortlichen der Rektorenkonferenz und den KultusministerInnen für eine Reform und bessere Umsetzung des Bologna-Prozesses. Auf Bundesebene haben wir auch Kontakte zu anderen europäischen und internationalen Studierendenverbänden. Zum Beispiel, in dem wir uns an europäischen und internationalen Treffen – wie den Sozialforen – beteiligen.

Marco Unger, Landesausschuss der Studierenden der GEW Sachsen

*Anbei noch einige Veranstaltungen, die von uns durchgeführt werden. Bestehende Veranstaltungen, die ihr auch an euren Campus holen könnt.*

- *EinsteigerInnen-Seminare in die Hochschulpolitik unter dem Motto „Demokratische und Soziale Hochschule“. In diesen Seminaren wird ein Überblick über die aktuelle Landespolitik gegeben.*
- *Ein Workshop zu „Organizing – ein Thema für die GEW?“ vermittelt Handwerkszeug für die Arbeit vor Ort.*
- *Gremienschulungen und Beratung für Aktive in den Gremien der Hochschulen und Studierendenschaften.*
- *Speziell für Lehramtsstudierende bieten die Landesverbände Informationsmaterialien für das Studium und den späteren Einstieg ins Referendariat an.*

*Du siehst, es gibt eine Menge Möglichkeiten, wie du dich einbringen kannst und auch aktiv mitgestalten kannst.*

- *Ganz neu ist das Angebot, es ein Angebot, für unentschlossene und angehende Promovierende. In einem ersten Workshop informieren wir über aktuelle Möglichkeiten der Promotion, also zu Fragen der Finanzierung und allgemeinen Organisation. Im zweiten Workshop, der Exposé-Schreibwerkstatt, kann die geplante Dissertation bereits konkrete Züge annehmen. Neben der Darstellung, wie ein Exposé gestaltet sein muss, sollen in Schreibsequenzen einzelne Punkte des Exposés erarbeitet werden oder daran gearbeitet werden, eine Fragestellung zu finden.*

*Wenn du Lust hast, mitzumachen dann wende dich einfach an uns – denn nur gemeinsam können wir auch etwas verändern!*



Januar bis März 2010

## GEW-Seminare für Studentinnen und Studenten im Sommer 2010

**Die Seminare richten sich an Studierende, die die GEW kennen lernen und an diejenigen, die sich für ihre hochschulpolitische Arbeit schulen wollen sowie an Kolleginnen und Kollegen, die sich in der GEW-Studierendenarbeit engagieren.**

**Professionell beraten – Ein sozialpolitisches Schulungs-Seminar für erfahrene BAföG-BeraterInnen und SozialreferentInnen**

**25. – 27. Juni 2010 in Steinbach**  
Es werden Problembereiche behandelt, die die TeilnehmerInnen aus

der BAföG- oder Sozialberatung aktiv mitbringen. Darüber hinaus wird in der Gruppe BAföG-Beratung eingegangen auf Vermögensanrechnung und Vorausleistungsverfahren, in der Gruppe Sozialberatung auf: Leistungen für Studierende mit Kind und Wohngeldanspruch für Studierende.

**Jetzt geht's los!**

**Geld ist nicht alles – Zur Situation und den Perspektiven studentischer und wissenschaftliche Hilfskräfte**

**25. – 27. Juni 2010 in Steinbach**

Das Seminar macht eine Bestandsaufnahme zu den tariflichen, arbeits- und personalvertretungsrechtlichen Bedingungen der „Hilfskräfte“. Hierzu sollen inhaltliche und politische Forderungen erarbeitet werden.

**Wissenschaft gemeinsam gestalten! – Das GEW-Seminar für Promovierende**

**9. – 11. Juli 2010 in Würzburg**

Im Seminar wird der Fokus auf die Situation und die Anliegen von Promovierenden gerichtet. Themen sind u.a. Möglichkeiten der Mitbe-

stimmung, Wege zur Promotion und Work-Life-Balance.

**Ankündigung:**

**Den Anspruch auf BAföG nutzen! Ein sozialpolitisches Grundseminar für BAföG-BeraterInnen und SozialreferentInnen**

**4. – 7. November 2010 in Würzburg**

Das Seminar informiert zur Ausbildungsförderung/Sozialrecht und ihren gesetzlichen Grundlagen. Anhand konkreter Fälle aus der BAföG-Beratung und der allgemeinen Sozialberatung wird in parallelen Gruppen dazu geschult. Behan-

delt wird ebenfalls die Einbindung der Sozialberatung in die AStA-Arbeit und die Anforderungen an ein Beratungsgespräch.

*Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW übernimmt die Kosten für Unterkunft, Verpflegung und für An- und Abreise (DB 2. Kl., abzügl. 10% Rabatt). Für die mit \* gekennzeichneten Seminare wird eine Teilnahmegebühr von 75,- Euro erhoben.*

*Informationen bei: Brigitte Eschenbach, Hauptvorstand der GEW, Tel. 069/78973-313, brigitte.eschenbach@gew.de*

**Impressum**

**Herausgeber:**  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Hauptvorstand,  
Postfach 900409  
60444 Frankfurt/M.  
Tel.: 069/78973-0  
Fax.: 069/78973-201  
Email: info@gew.de  
Internet: www.gew.de

**Redaktion:**  
Dr. Andreas Keller (verantwortlich),  
Brigitte Eschenbach, Ana Orias  
Balderas, Sven Lehmann, Marco Unger

**Gestaltung:**  
Werbeagentur Zimmermann,  
Hedderheimer Landstraße 144,  
60439 Frankfurt

**Druck:** apm AG, Darmstadt

Mai 2010

**Kontakt zu den GEW-Studis in deinem Bundesland**

**LASS Baden-Württemberg**  
lass@gew-bw.de  
www.gew-bw.de/Studium\_4.html

**LASS Bayern**  
sarah.alheli@bayern.gew.de

**LASS Berlin**  
lass@gew-berlin.de  
www.gew-berlin.de/lass.htm

**LASS Brandenburg**  
lass@studiberatung-potsdam.de  
www.studiberatung-potsdam.de

**LASS Bremen**  
gewstudishb.blogspot.com

**LASS Hamburg**  
studis@gew-hamburg.de  
www.gewstudis.blogspot.de

**LASS Hessen**  
studierende@gew-hessen.de

**LASS Mecklenburg-Vorpommern**  
(über den Landesvorstand)  
landesverband@mvp.gew.de  
www.gew-mv.de

**LASS Niedersachsen**  
lass@gew-nds.de  
www.gew-niedersachsen.de/lass

**LASS Nordrhein-Westfalen**  
lass.nrw@gmx.de  
www.gew-nrw.de

**LASS Rheinland-Pfalz**  
lass@gew-rlp.de

**LASS Saarland**  
jungegew@gew-saarland.de  
www.junge-gew-saarland.de

**LASS Sachsen**  
lass@gew-sachsen.de

**LASS Sachsen-Anhalt**  
lass@gew-lsa.de

**LASS Schleswig-Holstein**  
info@gew-hsg.uni-kiel.de  
www.gew-hsg.uni-kiel.de

**LASS Thüringen**  
lass@gew-thueringen.de  
www.gew-thueringen.de/  
Studierende\_LASS.html